1.2. Deutsche Bürokratie:

Beschaffung bei der Bundeswehr "Das sind Prozess-Stalinisten!"
Von M. Hollstein, L. Wienand, D. Mützel, t-online vom 07.07.2022

„Beschaffungen fürs Militär dauern lange, das zuständige Amt in Koblenz ist verrufen. Können die Beamten per neuem Gesetz 100 Milliarden Euro schnell ausgeben?
Nach mehr als 40 Jahren im Koblenzer "Beschaffungsamt" verzieht Jakob Milles kaum noch das Gesicht beim Witz, den man sich in der Region über seine Behörde erzählt. Es geht um drei Jungs und ihren Streit, wessen Papa am schnellsten ist, und die ersten beiden legen vor: Papa mit dem Porsche, Papa mit dem Hubschrauber. Sie müssen sich aber geschlagen geben, als das Kind des Beamten im Beschaffungsamt auftrumpft: "Mein Papa hat um drei Feierabend und ist dann um viertel vor drei schon daheim."
Der Witz ist so alt wie das Amt, das früher BWB hieß und heute BAAINBw, Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr. Jakob Milles ist ein alter Hase: Nach dem Studium 1979 fing er in der Beschaffung beim BWB an, wurde Gesamtpersonalrats- und bis Ende vergangenen Jahres Vorsitzender des Bezirkspersonalrats. Bis heute ist er im Verband der Beamten der Bundeswehr (VBB) Bereichsvorsitzender BAAINBw.
Milles kennt die Witze und die Sprüche über seinen langjährigen Arbeitgeber, und es gibt sie über viele staatliche Stellen mit Tausenden unkündbaren Mitarbeitern. Aber nur sein Amt bekommt angesichts einer "Zeitenwende" 100 Milliarden Euro „Sondervermögen" zum Ausgeben und ein Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz, um schneller zu werden. Am Donnerstag soll es im Bundestag beschlossen werden, und es sind große Erwartungen damit verbunden. Nun soll alles anders werden.

Zehn Jahre für das Beschaffen von Helmen

Denn das Beschaffungsamt gilt als eine der größten Hürden für die dringend notwendige Reform der Bundeswehr. Es hat mehr als 11.000 Mitarbeiter, die an über 100 Standorten arbeiten, die Zentrale ist in Koblenz. Das BAAINBw ist der zentrale Einkäufer für die Bundeswehr: Alles, was dort benötigt wird, wird dort beschafft, von der

Soldatenunterwäsche bis zum Transporthubschrauber. Doch genau hier gibt es massive Kritik. Denn schon lange hat das Amt den Ruf, ein behäbiges Bürokratiemonster zu sein. Wenn das Besorgen neuer Helme zehn Jahre dauert, wird mit dem Finger aufs BAAINBw gezeigt.
Mit dem neuen Gesetz könnte das Amt deutlich schneller werden. Koblenz muss sich dann nicht mehr an manche Maßgabe aus Europäischen Vergaberichtlinien halten, Nachprüfverfahren werden beschleunigt und Rügen weniger werden, weil weniger Unternehmen dann dazu überhaupt die Möglichkeit haben. "Das ist der Knackpunkt und seit vielen Jahren bekannt, aber da ist niemand dran gegangen", ärgert sich Jakob Milles. Mögen sie an Rhein und Mosel witzeln und in Berlin schimpfen – er schwärmt von "einem tollen Amt mit tollen Leuten, die wüssten, wie es schneller gehen könnte, aber manchmal fast daran verzweifeln, wie es läuft."
Das Amt ist nicht das Problem, sondern die Prozesse, das ist Milles Botschaft. Im BAAINBw kämpfen sie oft genug mit dem anderslautenden Ruf. So fällte der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz in einem "ZDF-Spezial" Anfang März ein vernichtendes Urteil: "Das Amt in Koblenz ist eher Hindernis als dienlich." Bei Gewerkschaftler Milles stand das Telefon nicht still, und er wird deutlich: “Es äußern sich regelmäßig Leute zur Beschaffung bei der Bundeswehr, die keinen blassen Schimmer haben, was läuft. Und deren Gesetze und Entscheidungen sind es zum Teil, die behindern, dass es schnell geht."
Ein Beispiel: Als die Bundeswehr ein neues Frachtflugzeug suchte, hätte der ukrainische Flugzeughersteller Antonov den Bedarf der Bundeswehr für eine große Transportmaschine erfüllen können. Die Politik wollte aber, dass Airbus in Abstimmung mit dem Amt den A400M entwickelt und baut. "Natürlich dauert das dann viel länger, und zum Vorwurf wird es uns gemacht", so Milles.
Doch auch von Fachleuten kommt Kritik. Für "unreformierbar" hält der Sicherheitsexperte Christian Mölling, Forschungsdirektor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, das Amt. Schuld daran sei eine "Überbürokratisierung aus Friedenszeiten". Das neue Gesetz sei zwar "ein Anfang", sagt Mölling: "Aber es löst die grundlegenden Probleme nicht."
Denn mit ihrer derzeitigen Rüstungspolitik verfolge die Bundesregierung sich widersprechende Ziele: Einerseits wolle man schnell eine

funktionstüchtige Bundeswehr mit modernsten Technologien erreichen, andererseits sind aber die meisten Einkäufe langwierigen Ausschreibungsprozessen unterworfen. "Das führt dann dazu, dass bei der Beschaffung alles nach Vorschrift lief, aber die Bundeswehr immer noch in einem miserablen Zustand ist", so Mölling.
Er ist überzeugt: “Man muss sich vom Gedanken verabschieden, dass man alle Risiken eines Projekts vertraglich absichern könne." Nötig seien "mehr Risikofreude" und mehr Freiraum bei der Beschaffung. Konkret plädiert Mölling dafür, die Beschaffungsgrenze, ab der Aufträge ausgeschrieben werden müssen, auf 20.000 Euro hochzusetzen. Nötig sei auch eine Reform der Kultur im Beschaffungsamt: "Da herrscht kein Unternehmergeist, sondern Behördenmentalität."
Die Kritik an schwerfälligen Prozessen kommt aber nicht nur von außen – sondern auch aus den eigenen Reihen. Jens Obermeyer ist Beamter im Beschaffungsamt und zugleich Verbandschef des Technischen Dienstes der Bundeswehr. "Nur deshalb darf ich auch so offen Kritik äußern", sagt der Ingenieur. Als Projektverantwortlicher kennt er die bürokratischen Verschlingungen des Amtes wie kaum ein anderer.

"Alle haben Angst, dass etwas schiefgeht"

Gerade übersehe er ein Projekt, in dem er eine vertraglich abgemachte Optionsleistung auslösen wolle, die mit dem Hersteller vorher so vereinbart wurde. "Aber unsere Juristen sagen, ich dürfe das nicht, weil die Formulierung im Vertrag zu vage sei. Dabei hatte dieselbe Abteilung zuvor den Vertrag abgesegnet, nur eben unter anderer Leitung. Das sind Prozess-Stalinisten."
Obermeyer meint, das Kernproblem der Koblenzer Mammutbehörde zu kennen: "Alle haben Angst, dass etwas schiefgeht und es wieder heißt, das Beschaffungsamt ist schuld. Daher wird alles fünffach geprüft. Wir haben beispielsweise bei Einsprüchen von Firmen, die vor der Vergabekammer landen, eine Erfolgsquote von 100 Prozent. Aber vielleicht sollten wir nur 80 Prozent haben und dafür schneller sein."
Die Folge dieser falschen Fehlerkultur, wie Obermeyer es nennt, ist ein immer größer werdendes Bürokratiemonster. "Sobald ein Fehler passiert, wird eine neue Kontrollinstanz geschaffen. Anstatt Fehler zuzulassen, darüber zu sprechen und es nächstes Mal besser zu machen, bekommt das Amt eine weitere bürokratische Verästelung."

Obermeyer skizziert, wie Probleme manchmal an der kleinsten Stelle auftreten können, etwa beim geplanten Kauf der amerikanischen F-35-Kampfjets: Weil kein Handelsabkommen zwischen den USA und Europa bestehe, könnte schon ein nicht nach hiesigen Standards zertifizierter Schraubenschlüssel reichen, die Lieferung der Jets zu verzögern. "Dann gibt es nur drei Wege: eine maßgeschneiderte Produktion nach EU-Standards, was der Hersteller nicht tun wird; eine Nachqualifizierung, was er auch nicht tun wird; oder wir nehmen unsere eigenen Schlüssel und die Gewährleistung erlischt."
Alle drei Wege könnten das Projekt blockieren, dabei wäre die Lösung laut dem Ingenieur einfach: mehr Entscheidungsfreiheit auf der unteren Ebene. "Ich will nicht einen Unterstaatssekretär nach einen Maulschlüssel fragen, sondern ich will hören: 'Gewährleistung ist mir scheißegal, Obermeyer, kauf den Schlüssel und fang das Arbeiten an.'"

Mehr als 11.000 Verträge im Jahr

Auch bei Jakob Nilles bilden sich Falten auf der hohen Stirn, wenn die Sprache auf die "Stabsabteilung J" kommt, das Justitiariat, und die Frage, welchen Stellenwert Absicherung gegen Fehler hat. Er verweist aber auch darauf, wie viel gut laufe: Mehr als 11.000 Verträge im Jahr werden abgeschlossen, und nur von einem Bruchteil bekommt die Öffentlichkeit etwas mit. "Und dann meinen Leute, hier würden nur Blöde sitzen, die nichts auf die Reihe bekommen."
So bekam er kurz nach der Merz-Äußerung einen Anruf von einem empörten BAAINBw-Beamten: "Der hatte am Samstag zuvor bis 23.30 Uhr im Büro gesessen, um Lieferungen in die Ukraine möglich zu machen. Dafür gibt es nichts, aber viele Leute brennen für ihre Aufgabe." Und das Licht brennt abends oft lange in Büros an den verschiedenen Standorten.
Es sind allerdings auch rund 1.000 Posten unbesetzt, vor allem im gehobenen technischen Dienst. Spezialisten für IT, Luft- und Raumfahrttechnik findet die Behörde nicht so leicht, während der Chef des Finanzamts schimpft, wie viel Personal zum attraktiveren Arbeitgeber Bundesamt abwandert.
Als Mitverantwortlichen für die schleppende Beschaffung macht man im Amt auch die Industrie verantwortlich. Vor der Auftragsvergabe sei die Wirtschaft sehr bemüht. "Danach stehen Sie manchmal hinten an", sagt Gewerkschafter Milles. Das habe manchmal Gründe,

Personalmangel und Lieferengpässe gibt es auch dort. Im Amt kam es aber dennoch gut an, als Vizepräsidentin Annette Lehnigk-Emden in einem Tweet deutlich wurde: "Die Frage der rechtzeitigen Lieferung ist nicht eine, die das Amt verantworten muss, sondern der Lieferant."

Wie die Industrie Prozesse verschleppt

In der Praxis sieht das anders aus, erzählen Mitarbeiter im Amt. Wenn Fristen für Auslieferungen näher rücken und Abnahmen noch fehlen, stehe man bei den Industriepartnern auf der Matte, erinnere, mahne, dränge, erzählt ein Mitarbeiter. "Sie können aber nicht so deutlich werden, wie man das privat bei einem Auftragnehmer wird. Die öffentliche Hand hat einen sehr langen Geduldsfaden." Kann man das dem Amt vorwerfen?

Der Beamte, der nicht namentlich genannt werden, erzählt nun die Geschichte von Problemen mit Drehflüglern von Airbus und einer angedrohten Konventionalstrafe. "Es meldeten sich Vorstände bei der Regierung, drohten, dass das Arbeitsplätze kosten wird. Aus Berlin kommt bei uns wieder an, dass eine Konventionalstrafe keine Option ist." So lässt sich schlecht Druck machen.

Doch Verzögerungen kommen auch aus dem Wechselspiel mit einem anderen Amt. Der Ablauf bei der Beschaffung ist so, dass das Planungsamt der Bundeswehr sogenannte Fähigkeitslücken feststellt. Dem Beschaffungsamt teilt es mit, was gebraucht wird. "Im BAAINBw wird anschließend ein Lastenheft erarbeitet. Aber dann kommen Vertreter der Industrie wieder zu den Soldaten und werben, was alles noch möglich wäre", sagt Milles.

Und dann fehle es an einem Prozess wie in der Wirtschaft: "Wenn VW ein Auto plant, wird irgendwann ein Strich gezogen und gebaut. Bei uns kommt das Planungsamt immer wieder mit neuen Wünschen." Nicht jeder traue sich da, eine Abfuhr zu erteilen, so Milles. “Soldaten stinkt es, wenn Zivilisten einen Wunsch nicht erfüllen, und früher im BWB war das Selbstbewusstsein größer, Nein zu sagen." Als Milles anfing, waren im BWB zwölf Soldaten tätig, heute sind es im BAAINBw in Koblenz und Lahnstein rund 1.600.

Überraschendes Lob für die Verteidigungsministerin

Hoffnungen setzt Milles jetzt nicht nur in das Beschleunigungsgesetz mit weniger Fallstricken, sondern auch ausgerechnet in die umstrittene Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD). In ihr sieht er eine Verbündete: "Lambrecht hat erkannt, dass nicht die Struktur der

Beschaffung das Hauptproblem ist, sondern die Rahmenbedingungen es sind." Es ist ein Lob, das die Ministerin wohl eher selten zu hören bekommt.
Auch die Wehrbeauftragte des Bundestags, Eva Högl (SPD), ist erleichtert, dass beim Beschaffungswesen endlich etwas passiert. "Das Gesetz zur Beschleunigung von Beschaffungsmaßnahmen der Bundeswehr ist ein richtiger Schritt, die Verfahren zu beschleunigen und Spielräume besser auszunutzen", sagt sie t-online.
Ziel müsse sein, die Einsatzbereitschaft zu verbessern. "Damit dies gelingt, sollten wir auch beim Thema Bevorratung von Ersatzteilen und Werkzeugen neu denken", findet Högl: "Wir sehen mit dem Krieg in der Ukraine, dass es unter Umständen schnell gehen muss: Wenn unsere Soldaten zum Beispiel an die Ostflanke verlegt werden, damit sie die Nato-Partner im Osten unterstützen können."
Högl schlägt deshalb vor, die Truppe dabei zu stärken, ihr Gerät selbst instand zu setzen: "Wir haben da ein hohes Niveau, hier sollten wir stärker auf die eigenen Fähigkeiten zurückgreifen." Mit Gesetzen allein sei es aber nicht getan. Man brauche auch "ein Umdenken in den Köpfen", fordert Högl: "Das bedeutet, mehr in die Truppe hineinzuhören, wenn Entscheidungen getroffen werden, sowie Zuständigkeiten und Prozesse zu straffen." Und es müsse auch beim Beschaffungswesen stärker europäisch gedacht werden: "Was können wir in der Europäischen Union arbeitsteilig planen und beschaffen? Das muss der Leitgedanke sein, der auch durch die neue Nato-Strategie dringend erforderlich ist. Das stärkt auch unsere eigene Sicherheit."

<u>Kurze Anmerkung von Hans-Dieter Bottke:</u>
Ich möchte an dieser Stelle nur einen Aspekt aus obigem Artikel kurz näher beleuchten: die deutsche Bürokratie.
Im Willen auch den kleinsten, möglichen Fehler zu vermeiden schaffen wir in Deutschland derart bürokratische Monster, welche uns an einer effektiven Lösung von Aufgaben von grundsätzlicher, ja, geradezu existentieller Bedeutung hindern. Unser deutsche Perfektionierungswahn blockiert uns in einem Ausmaß, dass wir drohen in schönster bürokratischer Pflichterfüllung zu sterben, um es einmal so zu formulieren. Ich bin keineswegs gegen Gründlichkeit, nur gegen eine derartige Übertreibung, die uns nur lähmt! Hier müssen wir

mental radikal umsteuern und zwar vor allem von der politisch verantwortlichen Spitze her. Auch hier gilt: Nicht nur viel reden und versprechen, sondern wirklich effektiv handeln!

Bizarre Regelung: Warum der Staat auch Verfassungsfeinden Waffenscheine ausstellt, Von Carsten Janz, t-online: 13.12.2022

„Bei der Razzia gegen "Reichsbürger" fanden Polizisten auch Waffen. Häufig besitzen die Extremisten sie sogar legal. Wie kann das sein?

Es ist wie immer in der Politik: Ein Ereignis sorgt für Aufsehen – und es folgt Aktionismus. Politiker fordern dann wahlweise Gesetzesänderungen, ein härteres Durchgreifen der Behörden oder kritisieren den bisherigen Umgang mit den Gesetzen.

Der Grund für den Aktionismus ist dieses Mal die Razzia, bei der 3.000 Beamte mehr als 50 Orte durchsuchten, die mit "Reichsbürgern" in Verbindung gebracht werden. Mehr als 20 "Reichsbürger" wurden festgenommen. Sie planten angeblich den Umsturz des Systems und waren bewaffnet. Teilweise hatten sie sogar einen Waffenschein – waffenrechtliche Erlaubnis nennt sich so etwas in Behördendeutsch. Wie kann das sein? Worin sich fast alle Politiker nun einig sind: Dass Menschen, von denen eine Terrorgefahr ausgeht, einen Waffenschein haben, darf nicht sein.

Die aktuelle Diskussion zeigt allerdings auch, dass viele, die sich jetzt munter an der Debatte beteiligen, das Waffengesetz nicht ausreichend kennen oder es nicht verstanden haben. Was vermutlich nicht zuletzt daran liegt, dass das Waffenrecht über Jahrzehnte immer komplizierter geworden ist. Mehr als 400 verschiedene Behörden sind bundesweit für die Vergabe von waffenrechtlichen Erlaubnissen verantwortlich. Die Prüfungen sind aufwendig. Dennoch dürfen die Behörden teilweise nicht untereinander über einen Anwärter kommunizieren – so gehen wichtige Informationen verloren. Nun offenbaren t-online-Recherchen ein weiteres gravierendes Problem: Der Verfassungsschutz darf den zuständigen Waffenbehörden viele Erkenntnisse zu Extremisten gar nicht mitteilen.

Das hat eine exklusive Umfrage von t-online bei den 16 Innenministerien der Länder ergeben. Zehn Behörden haben bislang geantwortet. Und der Tenor ist nahezu überall der gleiche: Das jeweilige Verfassungsschutzgesetz erlaubt es nicht, geheime Informationen weiterzugeben. So verteilt der Staat auch Waffenscheine an Personen, von denen er eigentlich weiß, dass sie diese nicht besitzen dürften.

Nur wer zuverlässig ist, bekommt eine Erlaubnis

Denn Zuverlässigkeit ist ein zentrales Wort im Waffengesetz. Wer in Deutschland eine Waffe führen will, muss die "erforderliche Zuverlässigkeit" besitzen. Als nicht zuverlässig gilt unter anderem, wer in den vergangenen zehn Jahren rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr verurteilt wurde. Oder wenn es Anhaltspunkte dafür gibt, dass er Waffen oder Munition "missbräuchlich verwenden" könnte.

Ein weiterer Punkt, weshalb Behörden "Reichsbürgern" eine waffenrechtliche Erlaubnis versagen könnten: Im Gesetz steht unzweifelhaft, dass Menschen nicht zuverlässig sind, wenn sie in "Bestrebungen" aktiv sind, die "gegen die verfassungsmäßige Ordnung gerichtet sind". Und: "gegen den Gedanken der Völkerverständigung."

Diese Kriterien müssen bei der Erteilung der Erlaubnis und anschließend alle fünf Jahre überprüft werden. Es ist davon auszugehen, dass "Reichsbürger" sie nicht erfüllen. Sie dürften also gar keine waffenrechtliche Erlaubnis bekommen – oder sie müsste ihnen entzogen werden.

Die Regelung sei "aber wirkungslos, wenn die Verfassungsschutzbehörden und Staatsschutzdienststellen ihr Wissen nicht mit den Waffenbehörden teilen", sagt der Waffenrechtsexperte Lars Winkelsdorf t-online. Er kritisiert, dass es extreme Hürden in der Kommunikation zwischen den zuständigen Behörden gebe.

Mehr als 400 Waffenbehörden in Deutschland

Für die Vergabe der waffenrechtlichen Erlaubnisse sind die Waffenbehörden zuständig. Diese sind häufig bei den Landkreisen oder kreisfreien Städten angesiedelt. Und weil jede Stadt und jeder Kreis in der Regel eine eigene hat, gibt es mehr als 400 Waffenbehörden. Bei jedem Antrag müssen diese den Anwärter überprüfen, die Polizei um Erkenntnisse bitten, einen Auszug aus dem Bundeszentralregister einholen und auch den Verfassungsschutz anfragen.

Wenn der Verfassungsschutz weiß, dass es sich bei einem Anwärter um einen "Reichsbürger" handelt, sollte er diese Erkenntnisse weiter-

geben. Weil ja offensichtlich ist, dass von der Person eine Gefahr ausgehen könnte. Doch der Verfassungsschutz darf es in vielen Fällen nicht.
Das wiederum liegt daran, dass jedes Bundesland ein eigenes Verfassungsschutzgesetz hat. Darin ist unter anderem geregelt, wann der Geheimdienst geheime Informationen an andere Behörden weitergeben darf. In Schleswig-Holstein etwa ist festgelegt, dass der Verfassungsschutz nur dann an der Überprüfung von Personen mitwirken darf, wenn sie zum Beispiel "in sicherheitsempfindlichen Stellen" eingesetzt werden sollen. Dazu zählen die Leibwächter des Ministerpräsidenten.
Das heißt: Selbst wenn der Geheimdienst weiß, dass eine Person, die eine Erlaubnis bei der Waffenbehörde beantragt, ein "Reichsbürger" ist, darf er es der Waffenbehörde nicht sagen. Zumindest nicht, wenn die Information geheim ist.
Was ist eine geheime Information und was nicht? Wenn ein "Reichsbürger" auf Facebook seine Gesinnung zur Schau trägt, darf der Verfassungsschutz diese Information weitergeben. Aber wenn ein "Reichsbürger" bislang nur auf geheimen Treffen der Szene vom Umsturz träumte und der Verfassungsschutz das nur durchs Abhören weiß, darf er dieses Wissen nicht teilen.
Geheime Informationen, die durch "nachrichtendienstliche Maßnahmen" gewonnen werden, sind in der Regel für die Waffenbehörde zwar relevanter als öffentlich zugängliche. Doch sie erreichen die Stelle eben häufig nicht. Waffenexperte Winkelsdorf sagt, diese Regelung sei so, als ob ein Antragssteller einfach ankreuzen könne, ob er Rechtsextremist sei oder nicht. "Beim derzeitigen Waffenrechtsvollzug kommt dies im Ergebnis auf das Gleiche hinaus."

Experte fordert zentrale Waffenbehörde

Wenn Politiker jetzt also Änderungen des Waffenrechts fordern, geht das am Kern des Problems vorbei. Zielgenauer wäre es, den Informationsfluss zwischen den Behörden in den 16 Verfassungsschutzgesetzen der Länder zu präzisieren. Solange diese nicht geändert werden, können Extremisten weiterhin legal an Waffen kommen.
16 Gesetze zu ändern, ist in der Rege, aber alles andere als einfach. Deshalb schlägt Experte Winkelsdorf eine zentrale bundesweite Waffenbehörde vor: „Die könnte dann auch tatsächlich selbst nachrichtendienstliche Befugnisse erhalten, um einen reibungslosen In-

formationsaustausch gewährleisten zu können.“ Schließlich habe das Bundesinnenministerium selbst festgestellt, so wie bisher gehe es nicht weiter.“

Anmerkung von Hans-Dieter Bottke:

Auch bei diesem Thema zeigt sich wieder die überaus hinderliche deutsche Bürokratie mit ihrem geradezu unüberschaubaren Dickicht an Vorschriften, Zuständigkeiten sowie einem übertriebenen Datenschutz, der eine effektiven Schutz der normalen Bürger verhindert. Auch hier erweist sich die deutsche Politik wieder einmal seit vielen unfähig de Probleme zu lösen!

Tagesanbruch von Florian Harms vom 17.05.2024:

„Guten Morgen, liebe Leserin, lieber Leser,
hoffentlich haben Sie gut geschlafen, den Morgen begrüßt und sich vielleicht auch mit einem Frühstück gestärkt. Dann sind Sie gewappnet für ein **Ungetüm.** Das erlaube ich mir nämlich auf Sie loszulassen. Nicht, weil ich Sie erschrecken möchte, sondern um Ihnen zu verklickern, warum es an so vielen Stellen in unserem schönen Land nicht vorangeht. Warum trotz eklatantem Wohnraummangel in den Städten keine Wohnungen mehr gebaut werden, warum viele Unternehmen kaum noch in neue Produkte und Mitarbeiter investieren, warum die Digitalisierung vieler Schulen gescheitert ist und warum so viele Bauernhöfe sterben. Es ist immer derselbe Grund, und wenn ich das Ungetüm jetzt von der Leine lasse, das genaugenommen ein **Wortungetüm** ist, ächzen Sie womöglich und spielen mit dem Gedanken, den heutigen Tagesanbruch hier und jetzt abzubrechen. Bitte nicht. Brechen Sie den Tag und das Tagesthema noch ein paar Minuten mit mir an, die folgenden Zeilen sind wichtig.
Der wichtigste Grund für den deutschen Stillstand ist nicht die Inflation, Geldmangel oder irgendeine der vielen Krisen, denen wir gegenwärtig ausgesetzt sind. Es ist etwas viel Banaleres: die **Bürokratie.** Wie ein riesiger Gulliver liegt Deutschland gefesselt darnieder, allerdings hat es sich selbst gefesselt. Das Wort vom **"Staatsversagen"** nehmen Kritiker deutscher Politiker und Behörden gern in den Mund, aber das ist Unsinn. Der Staat versagt gar nicht, im

Gegenteil. Er funktioniert viel zu gut. Weil er das tut, was seit den alten Römern jeder außergewöhnlich erfolgreiche Staat tut: **Er produziert immer mehr Gesetze und Vorschriften.**
Jeder Aspekt des Zusammenlebens in diesem 83-Millionen-Land soll haarklein geregelt werden – und zwar unter Berücksichtigung jeglicher Eventualität. Deutsche Gründlichkeit kennt keine Grenzen. Die Regelungswut ist zur stärksten Emotion geworden. Und damit der Staat kontrollieren kann, dass alle seine Bestimmungen auch wirklich eingehalten werden, verpflichtet er Bürger, Firmen und Institutionen zur peniblen **Dokumentation.** Als Privatperson kennen Sie das von der Steuererklärung, bei der Sie sich Jahr für Jahr über die Formularkästchen und Belegsammlungen ärgern. Selbständige und Unternehmer sind noch viel schlimmer dran: Sie treibt der Bürokratenstaat schier in den Wahnsinn.
Die Beispiele deutscher Bürokratitis füllen kilometerhohe Aktenberge.
Bauern müssen belegen, wie sie ihre Zuckerrüben anbauen, auf welchem Acker sie wie viel Traktordiesel verbrauchen und welche Tiere sie womit gefüttert haben.
Kleinbetriebe wie beispielsweise Bäckereien müssen nachweisen, dass sie ihren Mitarbeitern den Mindestlohn bezahlen
Statt den Unternehmen zu vertrauen und nur gezielt nach schwarzen Schafen zu fahnden, misstraut der Staat einfach allen und lähmt die gesamte Wirtschaft durch byzantinische Zettelwirtschaft.
Das Mehrwertsteuer-Roulette macht alles noch komplizierter. Ein Metzgermeister hat seine Nöte den Kollegen vom MDR so geschildert: "Isst ein Kunde seine Wiener mit Kartoffelsalat bei uns im Laden, wird das mit 19 Prozent versteuert. Nimmt er die Wurst in einer Assiette (also auf einem Pappteller) mit nach draußen, fallen auf das Essen 7 Prozent an, auf die Assiette aber 19 Prozent Mehrwertsteuer. Wenn ich meinen Kunden Essen liefere, entfallen darauf 7 Prozent Mehrwertsteuer. Aber wehe, ich packe da noch eine Gabel und einen Teller dazu. Dann werden aus den 7 Prozent sofort 19 Prozent. Denn das ist dann kein Essen mehr, sondern eine Dienstleistung."
Irre, finden Sie? Es gibt unzählige solcher Beispiele. Das Deutschland des Jahres 2024 besteht aus mehr Verboten als aus Chancen. "Bei

jährlichen Bürokratielasten von **65 Milliarden Euro** leiden die Unternehmen unter einem Bürokratie-Burnout", urteilt die Deutsche Industrie- und Handelskammer und sieht darin das **größte Problem des Wirtschaftsstandortes Deutschland** – schlimmer als der Fachkräftemangel und die hohen Energiekosten.

So ist das in einem zu erfolgreichen Staat: Er beschäftigt immer mehr Beamte, die immer mehr Regeln entwerfen, während das überdimensionierte Parlament und die aufgeblähten Ministerialbürokratien immer mehr Gesetze produzieren, die immer komplizierter ausfallen, bis sie irgendwann keiner mehr versteht. Dafür braucht es dann Heerscharen von Steuerberatern und Anwälten, die sich viel Geld dafür bezahlen lassen, das Fachchinesisch zu übersetzen.

Es ist nicht so, dass die Obrigkeit das Problem nicht sähe. Jede Bundesregierung schreibt sich den Bürokratieabbau auf die Fahnen. Während Angela Merkels Regierungszeit saß ich im Kanzleramt mal einer Runde von Beamten gegenüber, die sich um ein Projekt namens **"Bürokratiebremse"** kümmerten: Für jede neue Vorschrift sollte eine bestehende Vorschrift kassiert werden. Hat natürlich nicht geklappt.

Auch die Ampelregierung will Schneisen in den Bürokratiedschungel schlagen, und immerhin beim Solar- und Windkraftausbau scheint ihr das einigermaßen zu gelingen. An vielen anderen Stellen jedoch überhaupt nicht. Landauf, landab ertrinken Unternehmer in Formularfluten. Allein das Energiewirtschaftsgesetz schreibt **135 verschiedene Meldepflichten** vor – und das ist nur eine von 15.000 Vorschiften, die Energiebetriebe beachten müssen.

Die Kontrollpflicht beim Mindestlohn wiederum, einem Prestigeprojekt der SPD, verursacht sage und schreibe **6,7 Milliarden Euro** Kosten – es ist der gewaltigste Bürokratieaufbau in der bundesdeutschen Geschichte. Wer einen kleinen Handwerksbetrieb leitet, verbringt heute mehr Zeit am Schreibtisch als auf der Baustelle. Und Lehrer, die für ihre Schule den Staatszuschuss für WLAN und Tablets beantragen wollen, sollten sich dafür besser sechs Wochen freinehmen.

Es ist der helle Wahnsinn, wie Deutschland sich selbst kaputtreguliert.

In ihrer Verzweiflung haben Verbände der Bundesregierung 443 konkrete Vorschläge für die Streichung oder Vereinfachung staatlicher Vorschriften gemacht.
Umgesetzt ist davon bisher wenig. Die Empfehlungen wandern von einem Ministeriumsbüro ins nächste, bis sie irgendwann in der Ablage landen (oder im Papierkorb).
So geht es nicht weiter, finden die Ampelkoalitionäre – weshalb sie sich eilig eine weitere Regel ausgedacht haben, über die der Bundestag heute debattieren soll: **Bürokratieentlastungsgesetz** heißt sie und soll "zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, der Wirtschaft sowie der Verwaltung von Bürokratie" beitragen. Effekt: Angeblich jährlich bis zu **944 Millionen Euro** eingesparte Kosten.
Das ist nicht Nichts, aber in Wahrheit nur ein Klacks. Weil Sie womöglich die vielen Zahlen in diesem Text nicht mehr alle parat haben, wiederhole ich die wichtigste gern noch mal: **65 Milliarden Euro** betragen allein die Bürokratielasten für Firmen. Und da sind Privatleute noch gar nicht mitgezählt.
Sagen wir es so: Um das bedrohlichste deutsche Ungetüm zu erschlagen, braucht es einen sehr viel stärkeren Hieb als so ein Gesetzchen. Aber wer morgens energiegeladen aufsteht, findet ja vielleicht irgendwann die Kraft dafür.“

<u>Anmerkung von Hans-Dieter Bottke:</u>
Der obige Artikel ist geradezu ein Hilfeschrei gegen das deutsche bürokratische Monster, durch welches wir gefesselt werden. Diese Selbstfesselung Deutschlands kostet uns Jahr für Jahr Milliarden, es bindet Personal in staatlichen Behörden sowie Unternehmen, das wir woanders viel dringender gebrauchen könnten. Schließlich behindern unsinnige Vorschriften wichtige Innovationen in vielen Bereichen von zentraler Bedeutung für dieses Land. Aber die politisch Verantwortlichen schaffen wieder einmal keine wirklich durchgreifende Abhilfe. Es bleibt anscheinend bei diesem Trauerspiel, ein menschgemachtes wohlgemerkt!
Weite Teile unserer politischen Klasse haben offenbar die Dramatik der Lage, in der wir uns befinden, nicht wirklich verstanden. Oder aber sie sind derart mutlos, man kann auch sagen feige, dass sie lieber nur wenig ändern, um ja nichts falsch zu machen. Aber so machen sie nur alles noch viel, viel schlimmer!

Kampf gegen die Bürokratie: Kretschmann: Deutschland könnte unregierbar werden, von dpa t-online am 13.08.2023

„Die ausufernde Bürokratie und der wachsende Fachkräftemangel stellen die Bundesrepublik vor große Probleme. "Die Welt wartet nicht auf Deutschland", warnt Baden-Württembergs Ministerpräsident.

Angesichts der überbordenden Bürokratie verbunden mit dem Fachkräftemangel wird Deutschland nach Worten von Ministerpräsident Winfried Kretschmann nicht länger in dieser Form regierbar sein. "Wir sind in den Kommunen, im Land und im Bund an einem Scheideweg, weil wir das Personal gar nicht mehr haben werden, so filigrane Regulierung überhaupt zu administrieren", sagte der Grünen-Politiker der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart. "Wir werden so nicht mehr regieren können."

Oppositionspolitiker warfen dem Regierungschef unter anderem Scheinheiligkeit vor. Der Kampf gegen die zunehmende Bürokratie sei eines der ganz großen Probleme der Politik, sagte Kretschmann. "Wir sind zu langsam und die Welt wartet nicht auf Deutschland – darum müssen wir das jetzt ändern."

Man habe in 70 Jahren immer mehr Regulierung aufgebaut. Egal ob Koch, Politiker oder Unirektor – die Menschen müssten sich immer mehr mit bürokratischen Dingen befassen statt mit den Dingen, die sie gelernt hätten – das führe zu Frustration. Das Gebot der Stunde sei es, die Verwaltung zu modernisieren und zu digitalisieren.

Weg von der ängstlichen Vermeidungskultur

Die Genehmigungszeiten für Windparks habe man schon halbiert, sagte Kretschmann. Nach einer neuen Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage attestieren jedoch nur vier Prozent aller Befragten der grün-schwarzen Landesregierung Fortschritte im Kampf gegen die Bürokratie.

Der Regierungschef sprach von "Riesenbrettern, die da gebohrt werden müssen". Er forderte für Wirtschaft und Gesellschaft ein Weniger an Vorschriften und ein Mehr an Verantwortung und Spielraum. "Wir brauchen mehr Vertrauen in die Marktkräfte, in die Bürgergesellschaft, in die Entscheidungskraft und das Verantwortungsbewusstsein von Einzelnen wie Bürgermeistern, Schulleitern oder Unternehmern", sagte Kretschmann.

"Es muss ein Mentalitätswandel stattfinden – hin zum mutigen Nutzen von Spielräumen, weg von der ängstlichen Fehlervermeidungskultur." Landesregierung, Kommunen und Wirtschaftsverbände hatten sich erst vor kurzem auf eine Allianz zum Bürokratieabbau geeinigt sowie auf Eckpunkte zur Entschlackung von Vorschriften und Regulierung.“

Kurze Anmerkung von Hans-Dieter Bottke:
In diesem Artikel geht es wieder einmal um die unsägliche deutsche Bürokratie, aufgrund einer ‚ängstlichen Vermeidungskultur‘, wie es hier genannt wird, die auch ich immer und immer wieder beklage. Der ebenfalls in diesem Artikel geforderte Mentalitätswandel ist dingender denn je erforderlich, beginnend mit den Eliten dieses Landes, aber eben auch bis hin in die bürgerliche Mitte hinein.

Tagesanbruch: Noch ist es nicht zu spät…MEINUNG Von Florian Harms: vom 13.09.2022 auf t-online

„Guten Morgen, liebe Leserin, lieber Leser,
die Inflation und die Energiepreise steigen, die Konsumlaune und das Vertrauen in die Regierung sinken: Die Stimmung ist mies zu Beginn dieses Herbstes. Das ist betrüblich, aber kein Naturgesetz. Deutschland könnte sogar in Krisenzeiten ein sehr erfolgreiches Land sein, würde der Staat sich bei seinen Eingriffen auf das Wesentliche konzentrieren und die Menschen ansonsten einfach mal machen lassen. Tut er aber nicht. Im Gegenteil: Hierzulande hat sich ein schädlicher **Staatsdirigismus** breitgemacht. Er lähmt die Eigeninitiative, ordnet das Vernünftige dem Vorgeschriebenen unter und facht den Verteilungsstreit um Steuergeld an.
Die Regelungswut durchzieht sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens: Sie beginnt bei Behördenformularen auf dem Finanzamt und reicht bis zur Krisenpolitik der Bundesregierung. Wer etwa als Haus-, Wohnungs- oder Schrebergartenbesitzer versucht, die **neue Grundsteuererklärung** auszufüllen, wird am Paragrafenwust verzweifeln. Wer die **Corona-Regeln** verstehen will, die Herr Lauterbach und Herr Buschmann in ihren Waffenstillstandsverhandlungen ausbaldowert haben, kommt aus dem Kopfschütteln nicht heraus. Wer verfolgt, wie

die Herren Scholz, Habeck und Lindner die gegenwärtige **Energiekrise** mit der Gießkanne bekämpfen, statt Bedürftige von hohen Kosten und alle anderen von Gesetzesfesseln zu befreien, bekommt das kalte Grausen: erst ein sündhaft teurer Tankrabatt, von dem Porsche- und andere Spritschluckerfahrer am meisten profitieren, dann eine zusammengeschluderte Gasumlage, die sämtliche Verbraucher gängelt, aber vorn und hinten nicht funktioniert, schließlich die ideologische Verteufelung der zivilen Kernkraft, die neue Technologien aus den USA ebenso ignoriert wie moderne Endlagerkonzepte aus Finnland. Über die vielen Unzulänglichkeiten kann auch das dritte Entlastungspaket nicht hinwegtäuschen.

In Deutschland will der Staat alles regeln, und wer gerade an der Regierung sitzt, will gemäß seiner Weltanschauung alles für alle bestimmen. Sei es die Höhe von Windrädern oder die Breite von Parkplätzen, sei es der Nebenverdienst von Rentnern oder die Frage, ob Arbeitgeber das Anschreiben eines Jobbewerbers an einen Kollegen weiterleiten dürfen: Es gibt für alles und jedes Vorschriften, und meistens sind sie so kompliziert, dass viele Menschen lieber gar nichts mehr tun, um nur ja keinen Fehler zu machen. Das Ergebnis ist eine **grassierende Passivität,** die das ganze Land lähmt. Deutschland ist ein Riese, der sich selbst gefesselt hat. Der pragmatische Pioniergeist der Nachkriegsgeneration ist vergessen, heute dominieren die Besitzstandsverteidiger, Fehlervermeider und Umstandskrämer. Und wenn doch mal jemand eine innovative Idee hat, kommt sofort irgendeine Lobbygruppe um die Ecke und zerpflückt sie in der Luft. **Wir sind ein risikoaverses Volk geworden.** Der jahrzehntelange Wohlstand hat die Mehrheit eingelullt. Wir besitzen so viel, dass wir die ganze Zeit nur noch damit beschäftigt sind, all die Errungenschaften zu verteidigen. Und wenn es mal wie gegenwärtig an etwas mangelt, krähen wir nach dem Nanny-Staat, damit er uns wieder aufpäppelt. **Doch wer kein Risiko eingeht, wird auch nicht gewinnen.** Erst recht nicht in einer Zeit, in der neue Digitaltechnologien wie die künstliche Intelligenz und Megakrisen wie die Erderhitzung, das Artensterben und die Überbevölkerung sämtliche Gewohnheiten infrage stellen. Wer nichts riskiert, wird durchgereicht. So lange, bis es irgendwann nicht mehr genug zu verteilen gibt. Und dann kriechen die Populisten aus ihren Löchern, versprechen das Blaue vom Himmel und schüren den Verdruss. Wir wissen ja, wohin das führt.

Noch ist es nicht zu spät. Deutschland ist trotz allem immer noch ein kraftvolles Land mit vielen kreativen Menschen, innovativen Unternehmen und solidarischen Organisationen. Wir sind sogar so stark, dass wir anderen helfen können. Aber wenn wir so bleiben wollen, müssen wir unsere Fesseln sprengen. Die Dauerbeschäftigung mit dem Ukraine-Krieg und dessen Folgen ist zweifellos wichtig. Jetzt sollten aber auch wieder andere Themen in den Vordergrund rücken. Wir brauchen dringend bessere Schulen, ein einfacheres Steuersystem und weniger Vorschriften. Den viel beschworenen Bürokratieabbau wirklich ernst zu nehmen, bedeutet aber nicht, mal hier einen Paragrafen anzupassen und mal dort eine Verordnung umzuformulieren. Es erfordert ein vollständiges Umdenken: **Der Normalzustand muss die Freiheit des Einzelnen sein.** Und nur dort, wo es nötig ist, um die Rechte anderer Menschen zu schützen oder Schwächeren ein Leben in Würde zu ermöglichen, sollte der Staat eingreifen. Dann auch gerne großzügig. Aber bitte nicht mit der Gießkanne.

Anmerkung von Hans-Dieter Bottke:
Dieser Artikel aus dem Jahr 2022 beklagt völlig zurecht die ängstlichen ‚Fehlervermeider und Umstandskrämer' mit ihrem bürokratischen Perfektionierungswahn, der offenbar Jahr ein, Jahr aus sturstumpf weiter macht, wie seit Jahrzehnten.
Wir müssen dieses Monster endlich radikal bekämpfen, und zwar jetzt!